noch nicht vom Geröll gereinigt. Die Stadt soll veranlaßt werden, die 400 000 RM selbst aufzubringen. Die Stadt möchte dieses Geld aber zum Wohnungsbau verwenden. 40 Wohnungen könnten damit erstellt werden.

Die bisher gebrachten Beispiele dürften genügen, den schön aufgemachten Bericht der Regierung in das rechte Licht zu rücken. Von einer wirklichen Hilfe für die Betroffenen kann gar keine Rede sein. Die Einnahmen, die bis dato aufgebracht wurden, bedeuten für den ungeheuerlichen Schaden soviel wie gar nichts. Aus Spenden des Reiches sind bisher vorhanden 1 970 000 RM, von der Landesversicherungsanstalt 1 000 000 RM, insges. bisher 5,45 Millionen Reichsmark. Dem stehen gegenüber die 14,5 Millionen Mark Schäden. Keiner will aber jetzt helfen. Weder das Reich noch der Staat. Jede Behörde versucht, die Lasten abzuladen. Die notleidenden Gemeinden sollen einen großen Teil der Mittel selbst aufbringen. Den kleinen Geschädigten aber sollen die Schäden nicht einmal in dem Umfange ersetzt werden, daß sie sich notdürftig neu einrichten können. Zwei Fragen sind aber überhaupt noch nicht geklärt: der Talsperrenbau und die Eisenbahnfrage.

Ministerialrat Sorger, der gestern abend einen Vortrag hielt, kündete zwar den Bau einiger Talsperren an, jedoch betonte er ständig, daß die Wirtschaftlichkeit der Talsperren gesichert sein müsse. Dem kapitalistischen Staat gelten Menschenleben weniger als der Profit. Man vergleiche mit diesen Maßnahmen der kapitalistischen Regierung die großzügigen Hunger- und Erdbeben-Hilfsmaßnahmen der russischen Regierung; dann wird man immer wieder feststellen müssen: nur ein proletarischer Staat vermag ausreichende Solidarität zu leisten.

Der neue Mietwucher

Nach der am 1. April durchgeführten Mietserhöhung werden jetzt am 1. Oktober die Mieten neuerdings um 10 v. H. der Friedensmiete erhöht. Diese Steigerung der Mieten wird auch dann weiter fortgesetzt, denn in kurzen Zeitabschnitten soll auf Grund eines Vorschlages des Reichsarbeitsministeriums die gesetzliche Miete allmählich bis auf mindestens 160 Prozent der Friedensmiete hinaufgetrieben werden.

Bei diesen Mieterhöhungen geht es um riesige Beträge. Fünf Milliarden Mark betrug die Gesamtfriedensmiete, eine zehnprozentige Erhöhung beträgt demnach 500 Millionen Mark. In einem Zeitraum von nur sechs Monaten ist also die zweimalige 10prozentige Erhöhung, die Belastung der Mieter um eine ganze Milliarde Mark gestiegen. Sie wird aber in absehbarer Zeit um weitere zwei Milliarden Mark steigen.

Mieter sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten, diese werden von den Mieterhöhungen in erster Linie betroffen. Ihre Lebenshaltung wird durch solche gewaltigen Steigerungen der Mieten stark gedrückt. Ein Ausgleich der Mietzinssteigerungen durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, den die Reichsregierung ausdrücklich versprochen hatte, wird aber gewaltsam verhindert. Im abgelaufenem Halbjahre wurde dieser Ausgleich nicht erreicht. Denn selbst dort, wo Löhne und Gehälter nominell heraufgesetzt wurden, wurde nicht einmal eine Anpassung des Realeinkommens an die stark gestiegenen Ausgaben für Gegenstände des täglichen Verbrauches erzielt.

Die kommenden Mieterhöhungen sollen die Arbeiter wiederum mit einer neuerlichen Kürzung ihres Realeinkommens bezahlen. Denn Lohnforderungen, die auch nur die neuen Mieterhöhungen wettmachen sollen, drohen die Unternehmer mit dem schärfsten Widerstand zu begegnen. Zu diesem Zwecke verbinden sie sich heute schon zu „Gefahrengemeinschaften", um so auf Grund eines Antistreik-Bundes auf breitester Grundlage, mit finanziellen Mitteln bestens ausgerüstet, die Arbeiter bei ihren Versuchen, die neuerliche Senkung ihres Existenzniveaus durch Mieterhöhungen und Preissteigerungen abzuwehren, aufs Haupt zu schlagen.

Mieterhöhungen sind jetzt das Hauptmittel der aktuellen Steuerpolitik der Bourgeoisie. Sie sind der Weg zu neuer Steuerbelastung der Massen und zu neuer Steuerentlastung der Besitzenden. Ein Teil der Mieterhöhungen fällt nämlich den Ländern und Gemeinden zu, und auf diese Weise müssen ausschließlich die Massen den vermehrten Steuerbedarf der Bourgeoisie durch erhöhte Mieten decken. Gleichzeitig wird ein progressiv sich vergrößernder Anteil der Mieterhöhungen den Hausbesitzern, d. h. den verschiedenen Schichten des Bürgertums vom einfachen Hausbesitzer bis zu den Industriellen und Banken als Hausbesitzern, zugeschanzt und so praktisch eine Senkung ihrer Realbesteuerung durchgesetzt.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen unter solchen Umständen auch ihrerseits rasch und energisch an die Organisierung ihrer „Gefahrengemeinschaften" herangehen, um neuen und konzentrierten Angriffen der Bourgeoisie und ihrer Regierung zu begegnen.

Schweres Unwetter in der Schweiz

Basel. Noch immer treffen neue Nachrichten über schwere Schäden ein, die das furchtbare Unwetter am Sonnabend und Sonntag angerichtet hat. So wurden auch im Kanton Tessin von Biasca abwärts sämtliche Dämme überflutet. Die Gotthardstraße ist an mehreren Stellen unterbrochen. Jeder Verkehr ist unterbunden. Besonders kritisch ist die Lage im Misoxertal. Dort haben große Felsblöcke die Wasser der Moesa abgedrängt. Schwere Artillerie ist dorthin beordert worden, um die gefährdeten Stellen wieder freizumachen. Im Engadin, wo von Cellerina bis nach Samaden das ganze Inntal unter Wasser gesetzt war, ist jetzt der Verkehr nach St. Moritz wieder aufgenommen worden. Das Hochwasser ist an vielen Stellen im Zurückweichen begriffen. In den Alpen fällt sein Sonntag vormittag Schnee. Wie aus Bregenz gemeldet wird, hat die Regierung von Vorarlberg ein Kommando des Jägerbataillons aufgeboten, um den in der Nähe der Stadt geborstenen Rheindamm abzudichten. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein hat sich an den schweizerischen Bundesrat mit der Bitte um Hilfeleistung gewandt, darauf hat der Bundesrat eine Sapeurabteilung in das dortige Hochwassergebiet entsandt.

Der Rhein steigt weiter

Koblenz. Vom Oberrhein und seinen Nebenflüssen wird weiteres Steigen gemeldet. Der Neckar ist bei Jagstfeld innerhalb 24 Stunden um rund zwei Meter und bei Plochingen um 1,32 Meter gestiegen. Auch der Main ist beträchtlich angeschwollen, an seinem Oberlauf durchschnittlich um einen Meter. Ein Steigen der Mosel ist zu befürchten, da in ihrem Quellgebiet erhebliche Niederschläge gefallen sind. Wie amtlich gemeldet wird, muß in Koblenz mit einem Steigen des Wassers auf 4,5 Meter gerechnet werden.

Ueberschwemmungen auch in Veltlin

Berlin. Wie die heutigen Morgenblätter berichten, hat das Unwetter, das über den Kanton Graubünden niederging, auch in Veltlin gehaust. Infolge des starken Regens sind alle Flüsse bedeutend gestiegen. In Sondrino, dem Hauptort des Veltlin, hat der Fluß Mallero den Damm durchbrochen und die Brücken der Staatsstraßen weggeschwemmt. Der untere Teil der Stadt ist unter Wasser gesetzt. Das große Gebäude der Provinzialverwaltung und andere Häuser sind infolge des Dammbruches eingestürzt. Die Bevölkerung von Vandrino hat die ganze Nacht im Freien verbracht. Vandrino ist ohne Licht und Trinkwasser. Ferner ist die Adda über die Ufer getreten, und ein Teil des Ortes Ardenno steht unter Wasser. In Valenzorai sind mehrere Brücken durch Einsturz vernichtet. Da alle Verbindungen unterbrochen sind, läßt sich die Tragweite der Ueberschwemmung noch nicht übersehen. Bis jetzt sind sieben Tote gemeldet.

Ein Arbeiterzug in die Eisack gestürzt

Trient, 26. September. Im Eisacktal bei Franzensfeste stürzte ein mit einem Ingenieur, einem Eisenbahnstationär und elf Arbeitern besetzter Hilfszug in den Fluß. Nur zwei Personen konnten gerettet werden, während die übrigen, darunter der Ingenieur, ertranken. Die Zahl der Toten beläuft sich auf etwa 20, andere Meldungen sprechen sogar von 27 Opfern.

Der Hilfszug, der kurz hinter Franzensfeste bis neben der Eisackfluß entlang fuhr, mußte eine Brücke überqueren, unter der ein Nebenfluß in die Eisack fließt. Die Fundamente dieser Brücke waren durch das Hochwasser anscheinend unterwaschen, und als der Hilfszug über sie hinwegfuhr, stürzte die Brücke ein und mit ihr der Zug in den Fluß. Unmittelbar neben der Brücke stand ein Wärterhaus, das ebenfalls mit in die Tiefe gerissen wurde. Während der Bahnwärter und seine Frau sich retten konnten, kamen ihre Kinder um.

Durch den Absturz des Hilfszuges wurde ein möglicherweise weit größeres Unglück verhütet, denn bald nach dem Hilfszug kam der Münchner D-Zug an die Unglücksstelle, der sicherlich in die Tiefe gestürzt wäre, wenn nicht die Brücke schon vorher mit dem Hilfszug eingestürzt wäre.

•

Im einzelnen wird über die Katastrophe noch berichtet: Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage schwoll die Eisack gestern außerordentlich an und überschwemmte die Eisenbahnstrecke bei Franzensfeste auf der Linie Trient—Brenner. Gegen 9 Uhr abends wurden die telegraphischen und die telephonischen Verbindungen durch das Unwetter unterbrochen. Inzwischen setzte das reißende Wasser sein Werk fort und unterminierte die Eisenbahnstrecke. Ein Hilfszug wurde daher von Trient aus entsandt. Schon eine halbe Stunde später traf in Trient die Nachricht ein, daß Lokomotive und Beiwagen des Hilfszuges in den Fluß gestürzt seien. Heute wurde bereits ein Leichnam ans Land gezogen. Es stellte sich aber heraus, daß es sich um einen Wachtmann handelte, der an den Wehren des Flusses Wache hielt und fortgespült worden war. Von Trient aus sind neue Hilfszüge entsandt worden; die Eisenbahnstrecke ist in der Länge eines halben Kilometers gesperrt.

Die französische Hetzkampagne

Paris, 27. Sept. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Rechtspresse setzt ihren Feldzug gegen die Sowjetunion fort. Der Temps beschwert sich darüber, daß die Sowjetregierung durch die Veröffentlichung aller von Poincaré geheim gehaltenen und abgeleugneten Zahlungsvorschläge, die den französischen Kleinrentnern zugute kommen sollen, über die Köpfe der französischen Regierung hinweg an das französische Volk appelliert habe. Die Wirkung dieses Appells ist nicht ausgeblieben. Die Linkspresse des Kleinbürgertums fordert immer heftiger, daß die Poincaré-Regierung statt fauler Ausflüchte das sowjetrussische Angebot klipp und klar beantworte und sich auf dieser Grundlage mit der Sowjetunion einigt. Die Linkspresse weist darauf hin, daß von den französischen Kleinrentnern die Annahme der sowjetrussischen Vorschläge erwartet werde.

Rußlands Friedenswille

Moskau, 27. September. (Eigene Drahtmeldung)

Die Iswestija setzen auseinander, daß die Sowjetregierung ihr Zahlungsangebot an Frankreich gemacht hat, 1. weil mit ihm die Kreditforderung eng verknüpft ist, 2. weil folgendes eine Rolle gespielt hat: „Die Verständigung mit einem der Staaten der imperialistischen Regierungen in einer Zeit, wo Sowjetrußland vom Krieg bedroht wird, würde die normalen Beziehungen zu dieser Regierung gewährleisten und ein wichtiges Moment zur Verzögerung der Interventionen gegen die Sowjetunion sein. Jeder Monat, jedes Jahr russischen Friedens, das wir im Kriege gegen uns gewinnen können, verbessert unsere Lage. Deshalb haben wir dieses Angebot trotz der darin enthaltenen schweren Opfer gemacht."

Demokrat Koch geht nach Sowjetrußland

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die Abendausgabe der Vossischen Zeitung meldet, hat der frühere Reichsminister Koch, der Führer der Demokraten, eine Reise nach Rußland angetreten, über deren Eindrücke er in der Vossischen Zeitung berichten wird.

Zusammengeschobenes Rachegericht in Wien

Wien, 26. September. (Eig. Drahtbericht.)

In der Sitzung des Justizausschusses am 23. September mußte der Justizminister Dinghofer eingestehen, daß Arbeiter, die zum Schöffenrichteramt zu den Juliprozessen einberufen waren, nicht einberufen wurden. Dinghofer redete sich damit heraus, daß der Kanzlist schwerhörig gewesen sei.

Bundestag des Baugewerksbundes

Am Montag ist der Bundestag des Baugewerksbundes an seine eigentliche Arbeit gegangen. Päplow erstattete einen ergänzenden zu dem gedruckt vorliegenden Bericht des Bundesvorstandes. Danach hat der Bund am 5. September 396 000 Mitglieder gehabt. Päplow hofft, daß das 3. Quartal mit einem Mitgliederbestand von 400 000 abschließen wird. Die 150 000 davongelaufenen Mitglieder sind nach Päplows Ansicht nur „Mitläufer" gewesen. Die Ausführungen Päplows zur Sozialpolitik und seine Stellung zum bürgerlichen Staat und zur kapitalistischen Wirtschaft hielten sich im Rahmen der vom Sozialdemokratischen Parteitag gegebenen Richtlinien. Der Mieterhöhung steht Päplow nicht ablehnend gegenüber, wenn diese Gelder restlos zum Wohnungsbau verwendet werden. Die Bauhütten sollen auch in Zukunft durch den Bund finanziell und moralisch unterstützt werden. Der neue Reichstarif hat gute und schlechte Seiten, es blieb aber nichts weiter übrig, als ihn anzunehmen. An den Mißerfolgen in der Industrieverbandsfrage sei zum größten Teil der ADGB schuld.

Der „Grundstein"-Redakteur erklärte in seinem Bericht, daß er ungeachtet aller Beschwerden **bei der nächsten Reichstagswahl für die SPD Propaganda machen werde.**

In der Diskussion bildete die Industrieverbandsfrage den Hauptdiskussionsstoff. Fast alle sozialdemokratischen Redner zogen mit scharfen Worten gegen ADGB vom Leder, weil dieser die Eigenbrödelei der Berufsverbände unterstützt. Genosse Vesper-Barmen verlas ein Rundschreiben des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, in dem der Hauptvorstand des Steinarbeiterverbandes in unerhört frecher Art gegen den Baugewerksbund vorgeht. Genosse Dietz-Frankfurt begrüßte den Verbandstag als kommunistisch-organisierter Arbeiter und verwahrte sich dagegen, daß im Geschäftsbericht die Kommunistische Partei angegriffen wurde. Die Kommunisten im Baugewerksbund haben in den letzten Jahren vorbildlich für die Organisation gewirkt. Er sei in der Lage, nachzuweisen, daß ein einziger Kommunist in kurzer Zeit 80 Neuaufnahmen für den Baugewerksbund gemacht hat. Er ist mit Päplow einverstanden, daß man politische Macht haben muß, um auf wirtschaftlichem Gebiet vorstoßen zu können. Aber mit der bürgerlichen Demokratie wird in dieser Richtung nichts zu erreichen sein. Päplow behauptet, es gäbe keine Wirtschaftsführung, aber fest steht doch, daß das Industrie-, Agrar- und Finanzkapital die Wirtschaft beherrscht. Deshalb werden auch die Mietsteigerungen nicht so, wie es Päplow wünscht, für Bauzwecke, sondern im Interesse der kapitalistischen Republik verwendet. Die Bauarbeiter müssen deshalb die Mietsteigerungen ablehnen. Die Rede des „Grundstein"-Redakteurs sei eine glänzende Charakteristik des Neutralitätsschwindels. Hoffentlich zieht der Verbandstag die Konsequenzen daraus und macht mit der Neutralitätsheuchelei endgültig Schluß.

Im Kampf um den Industrieverband ist der Beweis geliefert, daß die SPD-Führer der übrigen Bauarbeitergewerkschaften aus kleinlichen, egoistischen Motiven gegen den Baugewerksbund anrennen. Die Kommunisten dagegen in diesen Verbänden sind für den Anschluß an den Baugewerksbund. Die SPD-Leute im Fabrikarbeiterverband und den Berufsverbänden sowie im Vorstand des ADGB begünstigen durch ihre Quertreibereien gegen die Schaffung von Industrieverbänden die Kapitalisten. Sie werden somit zu Kapitalsknechten.

Ein sozialdemokratischer Delegierter aus Wiesbaden mußte die Ausführungen des Genossen Dietz über die Arbeit der Kommunisten bestätigen. Nur arbeiten die Kommunisten im Rheinland und in Berlin nicht so wie in Frankfurt. (Wenn damit die Kaiserleute gemeint sind, genügt es, darauf hinzuweisen, daß diese aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden. D. B.)

Graßmann (ADGB-Vorstand) verwahrte sich dagegen, daß er als Kapitalsknecht bezeichnet wurde. (Zwischenrufe: „Oho!" u. a.) Er erwartet von den Delegierten Verständnis für die Politik des ADGB. Die Berufsorganisationen, die teilweise eine Tradition von über 50 Jahren haben, können nicht durch eine Handbewegung aus der Welt geschafft werden. Die Verschmelzung in der Nahrungsmittelindustrie zeige, daß es in der Richtung zum Industrieverband vorwärts gehe. Er hofft, daß auch im Baugewerbe in der nächsten Zukunft auf diesem Gebiet Fortschritte zu verzeichnen sein werden. Der Bundestag nahm die Ausführungen Graßmanns ohne jede Zustimmung entgegen. Die Baugewerksbündler haben das Vertrauen zum ADGB verloren.

Hindenburg — auch ein Denkmal

Vom Tage

Neue Erdstöße im Baikal-Gebiet

Riga. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Baikalgebiet neue Erdstöße verspürt worden. 14 Häuser sind eingestürzt, 6 schwer beschädigt. Ob Menschen umgekommen sind, ist noch nicht bekannt.

Zehn Tote um Tunney-Dempsey

Die bürgerliche Presse berichtet: **Beim Abhören eines Radioberichtes über den Weltmeisterschaftsboxkampf sind, wie jetzt bekannt wird, in den Vereinigten Staaten zehn Personen, wohl infolge der großen Aufregung, gestorben. Fünf davon starben bei der Uebermittlung des Berichtes über die siebente Runde, als Dempsey Tunney zu Boden schlug.**

Diese Todesfälle stehen mit den wahnsinnig hohen Wetten in ursächlicher Verbindung. Ein Mann, der vor einer Anschlagtafel mit **Nachrichten** über den Verlauf des Kampfes Hochrufe auf **einen der beiden Boxer ausbrachte, wurde durch Stiche in den Rücken von den gegnerischen Anhängern lebensgefährlich verletzt.**

Dieser Boxkampf, als ein riesiges kapitalistisches Unternehmen aufgezogen, brachte eine Einnahme von 2 800 000 Dollar. Der Sieger Tunney erhielt eine Million Dollar, Dempsey über 400 000 Dollar. Der bürgerliche Berufssport zeigte in den Begleitumständen des Boxkampfes Tunney-Dempsey sein schlimmstes Gesicht.